

Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Bürger:innenbrief

18. Mai 2021

1. Mai-Nachlese +++ Mieten: Deckel! +++ Haushalt: Stadt, Verkehr, Wohnen +++ Kinderrechte +++ Sozialindex Schulen

Liebe Leserinnen und Leser,



13.5.2021: Kundgebung vor Pflanzen un Blumen (Christiane Schneider)

Manchmal ist es schon bizarr, wie unterschiedlich, besser wohl: wie parteiisch die Polizeiführungen – gerade auch die Direktion in Hamburg – mit öffentlichen Kundgebungen unter freiem Himmel umgehen. Da sind über mehrere Monate Covidiot:innen auf der Straße, getreu der Leugnung irgendeines Problems mit Corona überwiegend ohne Abstand und Maske, und die Polizei schaut zu. Es sind halt Rechte und verschiedene dubiose Gruppen. Da wollen Menschen am 1. Mai – ja sowas – an mehreren Orten in Hamburg gegen die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich demonstrieren, selbstredend mit einem ausgeklügelten Hygienekonzept, Abstand und Maske inklusive, und die Innenbehörde verbietet diese Veranstaltungen. Ja, alle Versuche, in kleinen Gruppen an die Tradition des Kampftages der Arbeiter:innenbewegung anzuknüpfen, werden von einem massiven Polizeiaufgebot zu nichte gemacht. Es sind ja Linke, da darf schon mal stärker zugehört werden. Eine aufrechte GRÜNE (und im Hintergrund wohl noch der eine oder die andere) kritisiert das Verhalten von Innenbehörde und Polizei öffentlich und wird sofort von ihren Parteikolleg:innen abgecancelt, von der polizeiverliebten SPD mal ganz abgesehen. Und die Gewerkschaften?

Nur gut, dass sich rund 1.000 Hamburger:innen nicht haben einschüchtern lassen und am 13. Mai – sozusagen in Form eines Nachholspiels – an zehn verschiedenen Orten rund um die Außenalster demonstriert haben. Ihre Parole: Sozialer Protest lässt sich nicht verbieten!

Über 20.000 Menschen waren es, die am Abend des 16. April, nur wenige Stunden nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen den Berliner Mietendeckel, in der Hauptstadt auf die Straße gegangen sind. Da flossen Tränen nach der juristischen Niederlage vormittags ... und machten abends Platz für Wut und Entschlossenheit. Dieses Urteil wird den Wohnungskonzernen und ihren klagenden Abgeordneten der CDU und der FDP noch mächtig auf die Füße fallen, sei es durch die stärker gewordene Bewegung für einen bundesweiten Mietendeckel, der jetzt vielleicht sogar die Bundestagswahl maßgeblich beeinflussen könnte, sei es durch ein siegreiches Volksbegehren gegen die Deutsche Wohnen und andere große Berliner Wohnungsunternehmen, die sich womöglich in nicht allzu weiter Ferne vor eine Enteignung gestellt sehen, weil Volkes Wille zu seinem Recht kommt. So gesehen, der Griff zum Sprichwörterlexikon verweist da auf

ein ermutigendes, angeblich japanisches Sprichwort: Manche Niederlage soll sich schon als Sieg erwiesen haben. In diesem Sinne hat sich die Linke ja noch manchen Sieg verdient. Wir bleiben dran.

Dies ist übrigens die 175. Ausgabe unseres Netzperiodikums, seitdem er vom ehemaligen Abgeordneten der LINKEN, Joachim Bischoff, kurz nach dem erstmaligen Einzug einer Linksfraktion in die Hamburgische Bürgerschaft im März 2008 als »BürgerInnenbrief Mitte« begründet wurde. Ein

guter Anlass, den Dutzenden Autor:innen für ihre Beiträge und den vielen Hundert Leser:innen für ihr Interesse und die eine oder andere kritische, meist aber anerkennende Reaktion zu danken.

Bleibt, bleiben Sie auch in dieser hoffentlich letzten Corona-Etappe gesund!

Sabine Boeddinghaus und Heike Sudmann
Michael Joho und Hanno Plass

Versammlungsfreiheit ausgehebelt

Christiane Schneider über den 1. Mai in Hamburg



1.5.2021: Rechts der Kessel, links die Sinnstiftung (Foto: Christiane Schneider)

Die Versammlungsbehörde, die anders als in fast allen anderen Bundesländern in Hamburg Teil des Polizeiapparates ist, hat mehrere linke Kundgebungen am 1. Mai verboten, darunter allein drei des Bündnisses »Wer hat, der gibt«. Die Polizei begründete das Verbot mit der Eindämmungsverordnung. Doch obwohl sie Unterstützung durch das Verwaltungsgericht erhielt, ist die Kritik, dass das Verbot politisch motiviert war, meines Erachtens vollständig berechtigt. Verboten waren nämlich nur explizit linke Versammlungen, DGB und ver.di etwa konnten ihre Veranstaltungen problemlos durchführen.

Die allermeisten linken Versammlungen seit Beginn der Pandemie haben sich durch sorgfältige Hygienekonzepte und durch ein weitgehend achtsames und solidarisches Verhalten ausgezeichnet. Im Gegensatz zu den kleineren und größeren Versammlungen der Querdenker:innen, bei denen unter dem wohlwollenden Blick der Polizei immer wieder sämtliche Auflagen, ja, einfachste Schutzmaßnahmen ignoriert wurden. Bei einer Veranstaltung dieser Szene am 13. März z.B., also

zu einem Zeitpunkt, in dem das Ausmaß der dritten Welle schon deutlich war, ließ die Polizei zwar nur die 200 »genehmigten« Querdenker:innen auf den durch Gitter abgetrennten Bereich des Rathausmarktes, doch rund um die Gitter hatten sich laut Polizei ca. 400 weitere Teilnehmer:innen versammelt, fast vollständig ohne Maske und ohne jeden Abstand. Die Polizei ließ sie wie bei allen früheren und auch späteren Versammlungen gewähren.

Das Verbot der linken 1.-Mai-Versammlungen war unverhältnismäßig. Es ging nicht um die Pandemie, sondern um die Unterdrückung sozialen und politischen Protestes. Aber es ging auch um die Versammlungsfreiheit selbst. Ich behaupte nicht, dass die Eingriffe in zahlreiche Grundrechte, die seit Beginn der Pandemie vorgenommen wurden, alleamt grundlos und unberechtigt waren bzw. sind und dass sie, wie Verschwörungserzählungen behaupten, nur Vorwand für die Errichtung einer Diktatur durch dunkle Mächte sind. Die meisten waren angemessen und verhältnismäßig, denn es gilt in einer Pandemie natürlich, kollidierende Grundrechte

abzuwägen, und zu den Grundrechten gehört eben auch das Recht auf Schutz der Gesundheit.

Autoritäre Formierung

Doch es gibt Tendenzen im Staatsapparat, die krisenhafte Situation für eine autoritäre Formierung zu nutzen. So stellte der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) bereits im April 2020 das Grundrecht der Versammlungsfreiheit infrage. Auf einer Sitzung des Innenausschusses des NRW-Landtags sagte er: »Ich sehe ... keinen Grund zu einer ... Privilegierung der Grundrechtsausübung nach Artikel 8 des Grundgesetzes (also der Versammlungsfreiheit - C.S.), zumal ich mich mit vielen anderen in der Meinung einig weiß, dass deren teils doch recht einseitig anmutende staatspraktische Bevorzugung in der Folge des sogenannten Brokdorf-Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts ... einmal *auf den Prüfstand gestellt werden sollte.*«

Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Brokdorf-Beschluss 1985 der Versammlungsfreiheit als »Stück ursprünglich-ungebändigter Demokratie« einen hohen Rang eingeräumt und das Recht der Bürger:innen, durch Ausübung der Versammlungsfreiheit aktiv am politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess teilzunehmen, als »unentbehrliches Funktionselement eines demokratischen Gemeinwesens« bezeichnet. Damit hat es die hohe Bedeutung der Versammlungsfreiheit ausdrücklich bekräftigt.

Reul ließ den Worten Taten folgen und ein neues Versammlungsgesetz für Nordrhein-Westfalen ausarbeiten, das inzwischen vor der Verabschiedung steht. Sollte es dazu tatsächlich kommen, dann werden nach Auffassung der Kritiker:innen, darunter Gewerkschaften und Verbände von Jurist:innen, die Autonomie der Ausgestaltung der Versammlung, die Staatsfreiheit, der freie Zugang zu Versammlungen und die Abwesenheit von Observation und Registrierung ausgehebelt und damit Grundpfeiler der *Versammlungsfreiheit* angetastet.

Nicht erst seit dem G20-Gipfel, aber spätestens seitdem ist allgemeine Erfahrung, dass die Versammlungsfreiheit in Hamburg unter Vorbehalt steht und dass sie nicht für alle gleich gilt. Die Polizei hat ein Ampelsystem entwickelt, mit denen sie Versammlungen in Kategorien einteilt: grün - gelb - rot. Auf Fragen der Linksfraktion, was das konkret bedeutet, hat sie stets die Antwort verweigert. Aber es ist offensichtlich: »Grün« heißt bürgerlich, also gut - deshalb hat die Polizei auch so ein wohlwollendes Verhältnis zu Querdenkerversammlungen und deren überwiegend bürgerlichem Publikum. »Gelb«, das ist schon kritisch, alternativ, und muss im Auge behalten werden. »Rot« steht für linksradikal, strenge Auflagen, Schikanierung, starkes Polizeiaufgebot mit der Option, jeden Vorwand, auch den selbst geschaffenen, dazu zu nutzen, eine Demonstration zu stoppen und aufzulösen.

Dieses Ampelsystem zum Umgang mit Versammlungen ist diskriminierend und versammlungsfeindlich. Es stellt ein zentrales Grundrecht für Teile der Stadtgesellschaft, für unliebsame Demonstrationen und Demonstrierende infrage. Letztlich steht es für ein polizeiliches Feindbild, das Feindbild links.



1.5.2021: Polizei, wohin man schaut (C. Schneider)

Dudde muss gehen!

Ich war mit dem Bürgerschaftsabgeordneten der LINKEN Deniz Celik am 1. Mai einige Zeit am Rande des Kessels in der St. Petersburger Straße. Rund 30 überwiegend jüngere Menschen waren, aus Planen und Blumen kommend, von der Polizei eingekesselt worden. Sie verbrachten viereinhalb Stunden im Kessel - ohne Möglichkeit, zur Toilette zu gehen -, wurden dann zur Wache gebracht und dort einer Leibesvisitation unterzogen. Viele von ihnen wurden dann noch zum Polizeikommissariat Billstedt gefahren und dort kurz vor der Sperrstunde freigelassen. Wir haben den Einsatzleiter vor Ort nach dem Grund des Kessels gefragt. Seine Antwort: Die Gruppe habe den Mindestabstand nicht eingehalten. Die Einkesselung und Ingewahrsamnahmen seien deshalb vom »Polizeiführer« - auf Nachfrage: ja, von Hartmut Dudde - persönlich angeordnet worden. Über Stunden waren die Betroffenen eng zusammengepfercht, ohne Möglichkeit, den Mindestabstand einzuhalten! Die Einkesselung und Ingewahrsamnahme waren, das wird dadurch deutlich, pure Schikane in der Absicht, einzuschüchtern und abzuschrecken.

Der Polizeiführer Dudde steht wie kaum ein anderer für ein autoritäres Verständnis von Gesellschaft. Er hat die Versammlungsfreiheit in Hamburg seit vielen Jahren nachhaltig beschädigt. Ihm kommen die unter Bedingungen des Ausnahmezustandes nahezu unbegrenzten Möglichkeiten der Behinderung und Unterdrückung linker Versammlungen nur gelegen. Er muss endlich gehen.

Zur Bekräftigung der sozialen und politischen Forderungen zum 1. Mai - nicht zuletzt der Forderung: »Wer hat, der gibt!«, eine Forderung, die in den Auseinandersetzungen um die Bezahlung der Pandemiekosten eine große Rolle spielen wird - und zur Verteidigung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit gegen die Polizei und den rot-grünen Senat waren für den 13. Mai zehn Kundgebungen rund um die Alster angemeldet worden. Trotz schlechten Wetters und langem Wochenende beteiligten sich deutlich über 1.000 Menschen.

Jetzt erst recht: Mieten runter, Deckel drauf!

Von Heike Sudmann



Aktion der Volksinitiative am 25.3.2021 im Münzviertel (M. Joho)

Was für ein Schlag ins Kontor und was für eine Enttäuschung: Am 15. April entschied das Bundesverfassungsgericht im Rahmen einer Normenkontrollklage von CDU- und FDP-Bundestagsabgeordneten, dass den Bundesländern keine Gesetzgebungskompetenz zur Begrenzung von Wohnungsmieten zustehe und deshalb der Berliner Mietendeckel nichtig sei. Dem vorausgegangen waren etliche Gutachten von renommierten Jurist:innen und Verfassungsrechtler:innen über die Frage der Gesetzgebungskompetenz, die Mehrheit bejahte diese Kompetenz für die Länder. Auch eine Mehrzahl Berliner Richter:innen hatte in ihren Beschlüssen den Mietendeckel als verfassungsgemäß betrachtet. Selbst der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hatte am 10. März 2020 in einem Beschluss zu einem Eilantrag gegen den Berliner Mietendeckel noch ausdrücklich erklärt, dass die Kompetenzfrage offen sei. Die Zuständigkeit beim Bundesverfassungsgericht wechselte jedoch vom Ersten zu dem als konservativ bekannten Zweiten Senat. Dieser hat noch nicht mal die übliche mündliche Erörterung mit den Prozessbeteiligten für notwendig befunden, sondern lieber gleich mit einem großen Knall den Deckel vom Ländertopf runtergeworfen.

Mietendeckel ist möglich – der Bund muss handeln

Bei aller Enttäuschung über die Entscheidung darf nicht übersehen werden, dass der Mietendeckel selbst nicht als verfassungswidrig angesehen wurde, sondern nur die Zuständigkeit eines Bundeslandes. Wenn auf Bundesebene die dem Mietendeckel entsprechenden Regelungen – Mietenstopp, Festlegung von Mietobergrenzen, Verbot überhöhter Mieten – getroffen werden, ist das zulässig.

Auf Bundesebene gibt es also kein juristisches, um so mehr aber ein politisches Problem: CDU und FDP werden sich garantiert nicht gegen die Immobilienwirtschaft stellen. Für die CDU dürfte sich sonst auch die Frage stellen, ob sie weiterhin Spenden in Millionenhöhe von der Immobilienlobby bekommt, wenn sie es wagt, in den »Markt« einzugreifen. SPD und GRÜNE haben zwar in Berlin den Mietendeckel mitgetragen, doch ihre Parteifreund:innen in Hamburg beispielsweise sind strikt gegen den Deckel. Wer die Bundestagswahl mit einer klaren Aussage für eine soziale Wohnungs- und Mietpolitik und gegen die Parole »Der Markt wird es schon richten« verbinden will, hat eigentlich keine (Aus-)Wahl mehr: Er/sie kann nur die LINKE wählen.

Ein Akt der Notwehr gegen explodierende Mieten

Der Mietendeckel in Berlin war ein Akt der Notwehr gegen die explodierenden Mieten. Sämtliche Bundesregierungen sind bisher vor der Immobilienlobby eingeknickt und haben keine gesetzlichen Grundlagen geschaffen, die Mieter:innen nachhaltig schützen. Das rot-rot-grüne Berlin hat daher auf Landesebene versucht, mehr für die Mieter:innen zu tun. 340.000 Mieter:innen haben von dem Mietendeckel unmittelbar profitiert, ihre Miete um monatlich bis zu mehreren hundert Euro senken können. Nun drohen ihnen Nachforderungen der Vermieter:innen. Deshalb ist es gut, dass der Berliner Senat einen Nothilfefonds für betroffene Mieter:innen aufgelegt hat.

Soweit ich es aus Hamburg beurteilen kann, sind die Mieter:innen in Berlin nicht auf ihren Senat sauer, sondern auf das Bundesverfassungsgericht und natürlich die klagenden CDU- und FDP-Fraktionsmitglieder. 20.000 Menschen gingen

am Abend des Urteils auf die Straße und demonstrierten für einen Mietendeckel. Das laufende Volksbegehren »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« bekommt durch das Urteil und die Empörung der Mieter:innen noch mehr Zulauf – immerhin eine erfreuliche Entwicklung nach dem Urteil.

Und nun?

... gucken wir auf die Wahlprogramme für die Bundestagswahl.

- Die SPD will in »angespannten Wohnlagen« ein »zeitlich befristetes Mietmoratorium« einführen, d.h. Mieten dürfen dann nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden. Die Mietpreisbremse soll entfristet und Schlupflöcher geschlossen werden. Der Mietenspiegel soll die Mieten der letzten acht Jahre erfassen. *(Die Suche nach »Miete« führt im Wahlprogramm zu 11 Treffern.)*
- Die GRÜNEN haben in ihrem Programmentwurf »faire und bezahlbare Mieten« stehen. Mietobergrenzen sollen per Bundesgesetz ermöglicht, Mieterhöhungen auf 2,5% innerhalb des Mietenspiegels begrenzt werden. Für den Mietenspiegel sollen die Mieten der letzten 20 Jahre herangezogen werden. *(Die Suche nach »Miete« führt im Wahlprogramm zu 25 Treffern.)*

- DIE LINKE will im gesamten Bundesgebiet Mietendeckel nach Berliner Vorbild haben, die Explosion der Mieten soll nicht nur gebremst, sondern beendet und rückgängig gemacht werden. Wo es einen »angespannten Wohnungsmarkt« gibt, soll ein Mietestopp eingeführt werden. *(Die Suche nach »Miete« führt im Wahlprogramm zu 76 Treffern.)*
- Das Wahlprogramm der CDU ist noch nicht geschrieben/entworfen worden.
- Die FDP will mehr Eigentumsförderung, die Mietpreisbremse abschaffen und ist gegen einen Mietendeckel. *(Die Suche nach »Miete« führt im Wahlprogramm zu 7 Treffern.)*

Keine rosigen Aussichten für die Mieter:innen. Ich erinnere von den zahllosen Umfragen in den ersten Tagen und Wochen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Mietendeckel interessante Ergebnisse. Es gab breite Mehrheiten für Mietenregulierungen. Da waren selbst CDU-Wähler:innen und sogar Vermieter:innen für einen Mietendeckel. Vielleicht bräuchte es direkt nach den Wahlen einen Coup im Bundestag: Ohne Fraktionszwang wird über ein Gesetz abgestimmt, das es den Bundesländern ermöglicht, einen Mietendeckel zu erlassen. Mit entsprechendem Druck auf die Wahlkreisabgeordneten im Bundestag müsste da doch was zu machen sein?!

Geld für Verkehr – Stadtentwicklung – Wohnen

Heike Sudmann über Forderungen an den Doppelhaushalt 2021/2022



Für den Ausbau des Nahverkehrs und des Hauptbahnhofs (M. Joho)

Neue grüne Verkehrsbehörde mit viel altem Wein in alten Schläuchen

In dieser Legislaturperiode gibt es etwas Neues: eine Behörde für Verkehr und Mobilitätswende (BVM). An der Spitze der Behörde stehen zwei Grüne, Senator Anjes Tjarks und Staatsrat Martin Bill. Der eine oder die andere hat bestimmt gedacht,

wenn die Grünen das machen, können sich die Freund:innen einer ökologischen Verkehrspolitik entspannt zurücklehnen. Doch die Realist:innen wussten schon früh, dass auch mit den Grünen weiterhin Autobahnen gebaut werden (A26 Ost) und eine Neuaufteilung des Straßenraumes zugunsten von Fuß, Rad, Bus und Bahn nicht kommt.

Ob das **Radfahren** (noch) das Lieblingsthema der Grünen ist, weiß ich nicht. Klar ist, dass sie während der Corona-Pandemie nicht die Chance genutzt haben, mit vielen kurzfristig errichteten Radfahrstreifen auf bisherigen Autospuren (sog. pop up bikelanes) bessere Bedingungen für den Radverkehr zu schaffen. Dabei hätte ein Blick nach Berlin genügt, um zu wissen, wie das geht. Gereicht hätte natürlich auch, wenn sie unseren Antrag aus dem Frühjahr 2020 angenommen hätten (Drs. 22/114: »Platz (ist) da – für mehr Fuß- und Radverkehr in Corona-Zeiten«, www.buergerschaft-hh.de/parldok/vorgang/63941) Hinsichtlich des Haushalts 2021/22 fordern wir, für den Ausbau der Velorouten den Bezirken deutlich mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Die Veloroute 6 soll im Bereich Lerchenfeld und Wagnerstraße nach holländischem Vorbild eine Unterführung erhalten, damit die Radfahrenden für die Querung dieser hochbelasteten Straßen nicht mehr so lange an Ampeln warten müssen. Daraus könnte dann ein Vorbild für andere wichtige Radrouten werden.

Im Zuge der Erweiterung des Hauptbahnhofes und der Überplanung seines Umfelds wollen wir an der südlichen und nördlichen Seite Fahrradparkhäuser mit jeweils 5.000 Stellplätzen errichten.

Mehr **Busse und Bahnen** können das Ziel des Hamburger Klimaplanes, bis zum Jahr 2030 den Anteil der zurückgelegten Wege – modal split – mit dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) um acht Prozent zu steigern, realisieren helfen. Dafür müsste die Zahl der Fahrten mit dem ÖPNV um 50% steigen. Dazu passt jedoch nicht, dass die großen und teuren U-Bahn-Projekte (U5, U4-Verlängerung) erst weit nach 2030 fertig werden sollen. Schneller und kostengünstiger ist der Bau einer Stadtbahn/Tram zu schaffen. Daher fordert DIE LINKE, jetzt mit der Planung eines Stadtbahnnetzes zu beginnen und die ersten 50 Kilometer bis zum Jahr 2030 fertigzustellen.

Ein Großteil der Pendler:innen kommt aus dem Süden Hamburgs. Vor allem für diese brauchen wir endlich eine zweite Elbquerung auf der Schiene. Damit kann eine S-Bahn-Verbindung von Hausbruch/Neugraben nach Altona geschaffen werden (eine Forderung, die viele Verkehrsinitiativen schon in den 80er Jahren des letzten Jahrtausends anstelle der vierten Elbtunnelröhre erhoben hatten).

Die Mobilitätswende für Hamburg braucht auch eine **Preiswende beim HVV**. Deshalb werden wir nicht müde, auch für den Haushalt 2021/22 eine Fahrpreisreduzierung und den Einstieg in das 365-Euro-Jahresticket zu beantragen. Dem folgt im nächsten Schritt der fahrscheinlose, für die Nutzer:innen kostenlose HVV.

Die **»Straße zurückgewinnen«** ist ein weiterer Aspekt unserer Haushaltsanträge. Mittlerweile können nur noch alte Menschen erzählen, wie es war, als Kinder noch auf der Straße spielten, als die Autos noch nicht den Stadtraum dominierten. Wie der öffentliche Raum neu aufgeteilt, wie Platz für Fußgänger:innen, für Erholung und Entspannung geschaffen werden kann, soll nach unseren Vorstellungen mit einer Studie untersucht werden. Diese soll auch explizit die Abstellflächen für private Pkw mit aufs Korn nehmen. Gerade habe

ich übrigens ein Plädoyer dafür gelesen, nicht mehr von Parkplätzen, sondern von »Autolagerflächen« zu sprechen. Schließlich werden die Autos mehr als 23 Stunden am Tag dort einfach nur gelagert.

Immer noch zu wenig leistbare Wohnungen, immer noch keine echte Bürger:innenbeteiligung

Hätte ich nicht im Laufe der Jahre gelernt, dass DIE LINKE mit ihren Anträgen und Bürgerschaftsdebatten doch was bewirkt, würde ich bei den Haushaltsanträgen verzweifeln.

Seit DIE LINKE in der Bürgerschaft ist, fordert sie, mehr **Sozialwohnungen** zu bauen. Zu Anfang haben die anderen Parteien das noch milde belächelt und sich gefragt, wo denn das Problem sei. Mittlerweile ist allen aufgegangen, dass es in Hamburg viel zu wenig Sozial- und leistbare Wohnungen gibt. Doch die Vorschläge der anderen, besonders natürlich von SPD und Grünen, greifen – immer noch – zu kurz. 2011 ist die SPD mit 1.000 geförderten Neubauwohnungen jährlich gestartet, jetzt sind es 3.000. Doch das ist immer noch zu wenig, da in den letzten elf Jahren viel mehr Sozialwohnungen aus der Bindung gelaufen sind als neugebaut wurden. Die Zahl der neu zu bauenden Sozialwohnungen muss mindestens verdoppelt werden, damit wenigstens die anspruchsberechtigten Haushalte versorgt werden können. Die Beschränkung auf eine »soziale Zwischennutzung« für einen Zeitraum von 30 Jahren bei einer dreimal so langen Lebensdauer der Wohngebäude muss beendet werden. Wir fordern, die 30jährige Miet- und Belegungsbindung durch den Grundsatz »Einmal gefördert, immer gebunden« zu ersetzen.

Leistbare, günstige Wohnungen neben den Sozialwohnungen gibt es auf dem Hamburger Wohnungsmarkt vor allem bei den **Genossenschaften**. Damit dieses günstige Wohnungssegment erweitert werden kann, beantragen wir eine Förderung von gemeinwohlorientierten Genossenschaften. So sollen sie Unterstützung beim Erwerb von Bestandswohnungen erhalten und bei der Vergabe von städtischen Grundstücken im Erbbaurecht bevorzugt werden. Und apropos **Erbbaurecht**. Der Senat hat zwar 2019, wenige Monate vor der Bürgerschaftswahl, verkündet, dass er nunmehr verstärkt die städtischen Grundstücke im Erbbaurecht vergeben will. Doch er hat sich selbst viele Schlupflöcher geschaffen. Deutlich wird das im Haushaltsplanentwurf, der für die Jahre 2021 und 2022 den Anteil des Erbbaurechts bei der Grundstücksvergabe nur auf 20 bzw. 25% festlegt. DIE LINKE hat sich schon immer gegen den Verkauf von städtischen Grundstücken ausgesprochen, deshalb fordern wir die Erhöhung des Anteils auf 100%.

In einem weiteren Antrag wollen wir verhindern, dass die **SAGA** Überschüsse an die Stadt abführt. Das städtische Wohnungsunternehmen hat im letzten Jahr knapp 25 Mio. € aus ihren Überschüssen an die Stadt abgeführt. Damit hat die Stadt einen »Stadtentwicklungsfonds Lebendige Quartiere« (Drucksache 22/1916) gebildet, der für die Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in Großwohnsiedlungen genutzt werden soll. Klingt gut, aber: Warum sollen die SAGA-Mieter:innen, die mit ihren Mieten diese Überschüsse überhaupt erst er-

zeugt haben, für einen Stadtentwicklungsfonds zahlen? Die Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität ist eine öffentliche Aufgabe der Stadt und keine der SAGA-Mieter:innen. Deshalb fordern wir die ersatzlose Streichung dieser Abführung. Mit zwei Anträgen widmen wir uns dem Thema **Beteiligung**. Zum wiederholten Male weisen wir auf die Arbeit der **Quartiers- und Stadtteilbeiräte** hin. Sie sind nicht nur ein wichtiger Teil von Bürger:innenbeteiligung, sondern können auch einen Beitrag gegen Politikverdrossenheit leisten. Obwohl in Sonntagsreden der Regierungsfractionen diese Arbeit gelobt wird, gibt es keine auch nur ansatzweise ausreichende und vor allem verlässliche Förderung der Beiräte. Aus diesem Grund versuchen wir auch im Haushalt 2021/22, SPD und GRÜNE mit einem Antrag zur Bereitstellung von jährlich 1 Mio. € für die Beiräte zu bewegen.

Ganz neu ist die Idee eines unabhängigen **Bürger:innen-Büros**, das als Anlauf- und Clearing-Stelle für Informationen, Transparenz und Konfliktbearbeitung in der Stadt(teil)entwicklung agieren soll.

Vielen (Groß)Projekten in der Stadt ist eins gemeinsam:

- Die Beteiligung erschöpft sich in mal mehr, mal weniger Informationen, die preisgegeben werden.
- Eine Änderung von Planungen findet fast nie statt.
- Den Kritiker:innen wird vorgeworfen, dass sie nur vor ihrer Haustür oder in ihrem Hinterhof keine Veränderungen haben wollen und sich also aus rein egoistischen Gründen wehren würden.
- Das war und ist so bei der Aufstockung des Bunkers in der Feldstraße, beim »Paulihaus«, bei der Sternbrücke, bei der Schiller-Oper, beim Elbtower, beim Elbdome, beim Schulcampus und Überseequartier in der Hafencity, beim Projekt Oberbillwerder, bei der Beiersdorf-Erweiterung, bei den Kleingärten am Diekmoor und und und ...

Während die Stadt zig Fachleute (Stadtplaner:innen, Jurist:innen, Wirtschaftsberater:innen u.a.) auffährt, müssen die Bürger:innen sich ehrenamtlich einarbeiten, sich (weitere) Informationen beschaffen und selbst fortbilden. Dieses Engagement führt immer wieder zu tollen Alternativplanungen, zu Lösungen, deren Realisierung der Stadt als Ganzes gut tun würde.

Das niedrigschwellige Bürger:innenbüro soll von Bürger:innen bei lokalen Auseinandersetzungen über geplante Projekte in Anspruch genommen werden können. Die Schaffung von Informationen und Transparenz gehört ebenso zur Aufgabe des Büros wie die Klärung von Konfliktfällen, in denen alle Beteiligten an einen Tisch geholt werden.

Die Mitarbeiter:innen des Büros bekommen ein Vortragsrecht bei allen behördlichen Stellen bis zur Ebene der Senator:innen sowie in den Bezirksversammlungen und ihren Ausschüssen eingeräumt. Behörden und Bezirksämter sind gegenüber dem Büro informations- und auskunftspflichtig.

Mit einem solchen Bürger:innenbüro wird ein starkes Zeichen für die Bürger:innenbeteiligung gesetzt werden. Zudem eröffnet eine solche Stelle die Möglichkeit, Konflikte in der Stadt(teil)entwicklung konstruktiv zu bearbeiten und zu lösen.

#reich(t)füralle.

Ein LINKER Haushalt für Hamburg
Donnerstag, 20. Mai, 18.00 bis 20.00 Uhr

Wie sieht der rot-grüne Entwurf für den Sozialhaushalt der kommenden zwei Jahre aus? Der Senat redet immer wieder davon, nicht gegen die Krise ansaparen zu wollen und einen soliden und ausgewogenen Haushaltsentwurf vorzulegen, der vor allem im Bereich Soziales keine Kürzungen vorsieht. Ist das so? Oder haben wir es eher mit einem Kürzungshammer auf leisen Pfoten zu tun? Darüber wollen wir mit verschiedenen Expert:innen sprechen. Die Veranstaltung findet digital per Zoom statt. Übertragung im Livestream bei Facebook, Youtube und Twitter.

Zoom-Meeting beitreten:

<https://zoom.us/j/99857375870>

Meeting-ID: 998 5737 5870 – Kenncode: 676685



Foto: Michael Joho

Kinderrechte ins Grundgesetz: Ja, aber richtig!

Zwischenruf von Sabine Boeddinghaus



Grafik: www.unicef.de (dort auch als Poster in DIN A1 oder DIN A2 erhältlich)

Fast 30 Jahre nach Inkrafttreten der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) in Deutschland am 5. April 1992 und nahezu ebenso lang andauernder kontroverser Diskussionen darüber, ob Kinderrechte überhaupt ins Grundgesetz gehören, wird es jetzt ernst: Die Große Koalition (GroKo) plant mit einem nun vorgelegten Gesetzentwurf die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz und setzt damit ihre eigene Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag kurz vor Ende der Legislaturperiode um. Die erste Initiative dazu gab es übrigens in der 14. Wahlperiode von der PDS-Bundestagsfraktion, die bereits 2000 einen Gesetzentwurf eingebracht hatte, um die Kinderrechte im Grundgesetz festzuschreiben.

Eine Bund-Länder-Gruppe, zusammengesetzt aus Fachpolitiker:innen von SPD und CDU, hatte mit ihrem Abschlussbericht die Vorlage für den Gesetzentwurf der GroKo geschaffen. Sowohl die Bundestagsfraktionen der GRÜNEN als auch der LINKEN hatten bereits vor zwei Jahren eigene Gesetzentwürfe eingebracht, deren Befassung und Beratung im Fachausschuss aber seitens der GroKo verhindert wurde. Auch die Interessenvertretungen der Kinder und Jugendlichen, wie z.B. der Deutsche Kinderschutzbund, waren nicht in den Beratungsprozess vorab eingebunden worden. So wundert es nicht, dass der jetzt vorliegende rot-schwarze Gesetzentwurf sowohl von den GRÜNEN und LINKEN als auch von über 100 Organisationen aus dem gesamten Bundesgebiet scharf kritisiert wird.

Im Kern geht es um die fachliche und rechtliche Einschätzung der Kritiker:innen, wonach der Entwurf hinter den An-

forderungen der UN-KRK zurückbleibt und so die Rechte der Kinder eher geschwächt denn gestärkt werden.

Die UN-KRK gründet die Rechte der Kinder auf drei Pfeiler: das Recht auf Schutz, das Recht auf Förderung und das Recht auf Beteiligung. Und das Kindeswohl muss bei allen Entscheidungen, die die Kinder betreffen, vorrangig berücksichtigt werden.

Nimmt mensch diese Rechte wirklich ernst und hebt sie in einen grundgesetzlichen Verfassungsrang, so wird schnell klar, dass sich daraus erhebliche Ansprüche und Anforderungen ableiten lassen und ein grundsätzliches Umdenken in unserer Gesellschaft eingeleitet werden muss. Denn die Kinder sind eben keine kleinen Erwachsenen. Sie haben besonderen Anspruch auf Schutz, sie haben besonderen Anspruch auf Förderung und besonderen Anspruch auf Beteiligung.

Ein eigenständiges Grundrecht für Kinder und Jugendliche ist daher keine Symbolpolitik. Es bindet vielmehr die gesetzgebende Seite. Es verpflichtet die Gerichte, Gesetze verfassungskonform anzuwenden, sodass vor allem das Kindeswohl gewährleistet ist. Es bewirkt, dass sich Kinder gegen die Verletzung ihrer Rechte mit einer Verfassungsbeschwerde wehren können.

Bleibt nun zu hoffen, dass sich die GroKo doch noch auf eine ernsthafte und angemessene Debatte mit den Fachleuten einlassen wird, denn ein bisschen Kinderrechte im Grundgesetz wird es nicht geben können!

Kinder haben eigene Rechte und sie gehören ohne faule Kompromisse ins Grundgesetz!

Gute Absichten brauchen eine gute Umsetzung

Hanno Plass zur Neuberechnung des Sozialindex der Schulen



Kooperative Gesamtschule Benzenbergweg in Barmbek-Nord, Claus-Joachim Dickow/CC BY-SA 2.5

Die Schulen in Hamburg werden seit 1996 nach einem so genannten KESS-Faktor (Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern), seit 2013 nach einem Sozialindex eingestuft. Die Zahlen des Sozialindex laufen entgegen der Schulnoten: 1 ist die *bottom line* und 6 die *crème de la crème*. Der Faktor bzw. Index wurde mehrmals angepasst, 2005 (für weiterführende Schulen), 2007/08 (für Grundschulen) und 2011/12, 2013 dann der Sozialindex eingeführt.

Wenn Schulen in den unteren Kategorien 1 bis 3 eingruppiert sind, werden ihnen mehr Ressourcen zugewiesen als den Schulen in den oberen Kategorien. Die Ressourcen beziehen sich besonders auf die sozialen und Lernförderaufgaben der Schulen. Schulbegleitungen werden aus den Mitteln ebenso bezahlt wie zusätzliche Förderstunden für die Lernhilfe. Insgesamt konnten Schulen durch die zusätzlichen Mittel, die sie ihrem Sozialindex verdanken, spezielle pädagogische Konzepte aufbauen. Dies taten sie auch.

In den Schulen mit KESS-Faktor 1 und 2 wurde auch die Klassenfrequenz, d.h. die Klassengröße, abgesenkt, was auch schulgesetzlich verankert ist. Überfrequentierung war und ist regelmäßige Ausnahme.

Dabei basierten einige der Berechnungswerte auf »weichen« Daten: auf Elternfragebögen, die nicht unbedingt richtig ausgefüllt wurden oder zur Aufnahme in die Berechnungen zurückliefen. Dabei sollten diese Fragebögen gerade Hinweise auf die soziale Lage der Kinder und Jugendlichen bieten: welche Sprache zuhause gesprochen wird, ob Bilder an den Wänden hängen und Bücher in den Regalen stünden.

Es wurde unsererseits lange eingefordert, den Sozialindex den realen Lebenslagen der Schüler:innen einer Schule anzupassen. Bekanntlich haben in den letzten Jahren an Schulen massive Veränderungen stattgefunden, sei es die Aufgabe der Integration, sei es die Aufgabe der Inklusion, sei es die Ausgestaltung des schulischen Ganztages – für die die Volksinitiativen »Gute Inklusion« und »Guter Ganzttag« jeweils dem Senat Zugeständnisse und Verbindlichkeiten abgerungen ha-

ben. Diese Änderungen nun sollen im neuen Sozialindex abgebildet werden.

In der Vereinbarung über den »Schulstrukturfrieden« aus dem Jahr 2020, den Rot-Grün mit CDU und FDP vereinbart hatten, wurde festgehalten, dass zum 1. August 2021 und von da an in einem Fünf-Jahres-Turnus der Sozialindex neu berechnet werden soll.

Nun liegt die Neuberechnung vor. An 44 Grundschulen steigt der Sozialindex, bei 41 sinkt der Sozialindex ab; an den Gymnasien steigt der Sozialindex bei sechs Gymnasien um eine Stufe und sinkt zugleich bei 21 Gymnasien um eine, bei einem Gymnasium um zwei Stufen; an den Stadtteilschulen steigt der Sozialindex in zwölf Fällen um eine Stufe, wiederum bei zwölf Stadtteilschulen sinkt der Sozialindex gleichermaßen. Insgesamt sinkt der Sozialindex bei 75 Schulen und steigt bei 62.

Soviel zum Stand des Faktischen, vorerst. Unsere Abfrage zur Neuberechnung, in der der Senat eine Aufstellung der Prozente der einzelnen Kriterien des Sozialindex für jeden Sozialindex je Schulform und im allgemeinen Mittel angegeben hat, zeichnet eindeutig die Reproduktion der sozialen Spaltung der Stadt in den Schulen nach (siehe Abbildung 1).

Zudem sind die Vergleiche, wie sie die einzelnen Schulen im Feld der Schulen nach Schulform und im Feld der Schulen nach Sozialindex (Abbildung 2) verorten, unstimmtig.

Im ersteren Fall macht es Sinn, die einzelnen Kriterien des Sozialindex bei den Schulen nach Schulformen zu vergleichen, also zu vergleichen, wie die Faktoren der einzelnen Schule im Vergleich zu den anderen Schulen gleicher Schulform sind. Jedoch wird im vorliegenden Fall hinsichtlich des Sozialindex nicht die eine Schule (eine Stadtteilschule) mit allen Schulen mit dem gleichen Sozialindex verglichen, sondern nur mit Stadtteilschulen gleichen Sozialindexes – dabei

¹ www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/68000/rahmenvereinbarungen_zur_sicherung_des_schulstrukturfriedens.pdf

müsste es doch auf dieser Ebene egal sein, welche Schulform die jeweilige Schule hat oder täusche ich mich? Ich denke nicht und somit zeigt die Differenzierung zwischen Stadtteilschule und Gymnasium in der Sozialindizierung an, dass beide Schulen nicht vom gleichen Grund ausgehen, dass Gymnasien strukturell von Grund auf sozio-ökonomisch besser dastehen – ein Klassenvorteil sozusagen.

Dabei ist auch ersichtlich, dass die sozial-ökonomische Last vor allem auf den Stadtteilschulen liegt, wie die Auswertung der Einstufungen ergibt. Keine Stadtteilschule verfügt über den höchste Sozialindex 6, kein Gymnasium über den niedrigsten Sozialindex 1. Und auch zwischen 1 und 6 liegt

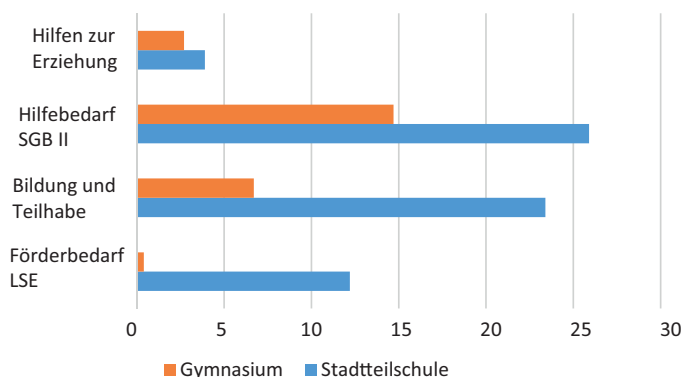
die Ballung bei der Verantwortungsübernahme für Integration und Inklusion bei den Stadtteilschulen, wie die Abbildung 3 zeigt.

Zuletzt findet die Umverteilung der Stellen statt, ohne dass zusätzliche Stellen ins Schulsystem eingespeist werden. Das heißt, es lag bei der Neuberechnung des Sozialindex von vornherein der Deckel auf dem zur Verfügung stehenden Ressourcentopf. Dies beschied der Senat schon im Januar, also bevor die Neuberechnung des Sozialindex abgeschlossen war.

Diese zusätzlichen Mittel werden dort, wo der Sozialindex verringert ist, reduziert – mit der Folge, dass Konzepte wie individuelle Förderungen und Begleitungen von Schüler:innen bedroht sind. Diese Umverteilung betrifft ökonomisch benachteiligte Kinder unmittelbar. Dem Senat selbst scheint unklar zu sein, wie viele Lehrer:innenstellen umverteilt werden, in seiner Pressemeldung spricht er von 115 Stellen, in seiner Antwort auf unsere Schriftliche Kleine Anfrage (SKA) nur noch von 108. Wie dem auch sei, auch rund einhundert Stellen sind angesichts der enormen Bedarfe der Schüler:innen an den 75 Schulen nur der berühmte Tropfen auf die heißen Steine.

Die Konsequenz dieser Umverteilung bewirkt also eine

Abb. 1: Verteilung der Kriterien im Durchschnitt (%)



LSE = Lernen, Sprache, emotionale und soziale Entwicklung

² www.hamburg.de/contentblob/15023768/1998269c42c61c48916ad-5058048d4e4/data/2021-04-15-sozialindex-veraenderungen.pdf
³ www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/73969/neuberechnung_der_kess_faktoren_gibt_es_bereits_einen_entwurf.pdf

Abb. 2: So stellt die Schulbehörde einer Stadtteilschule ihren Sozialindex im Vergleich dar

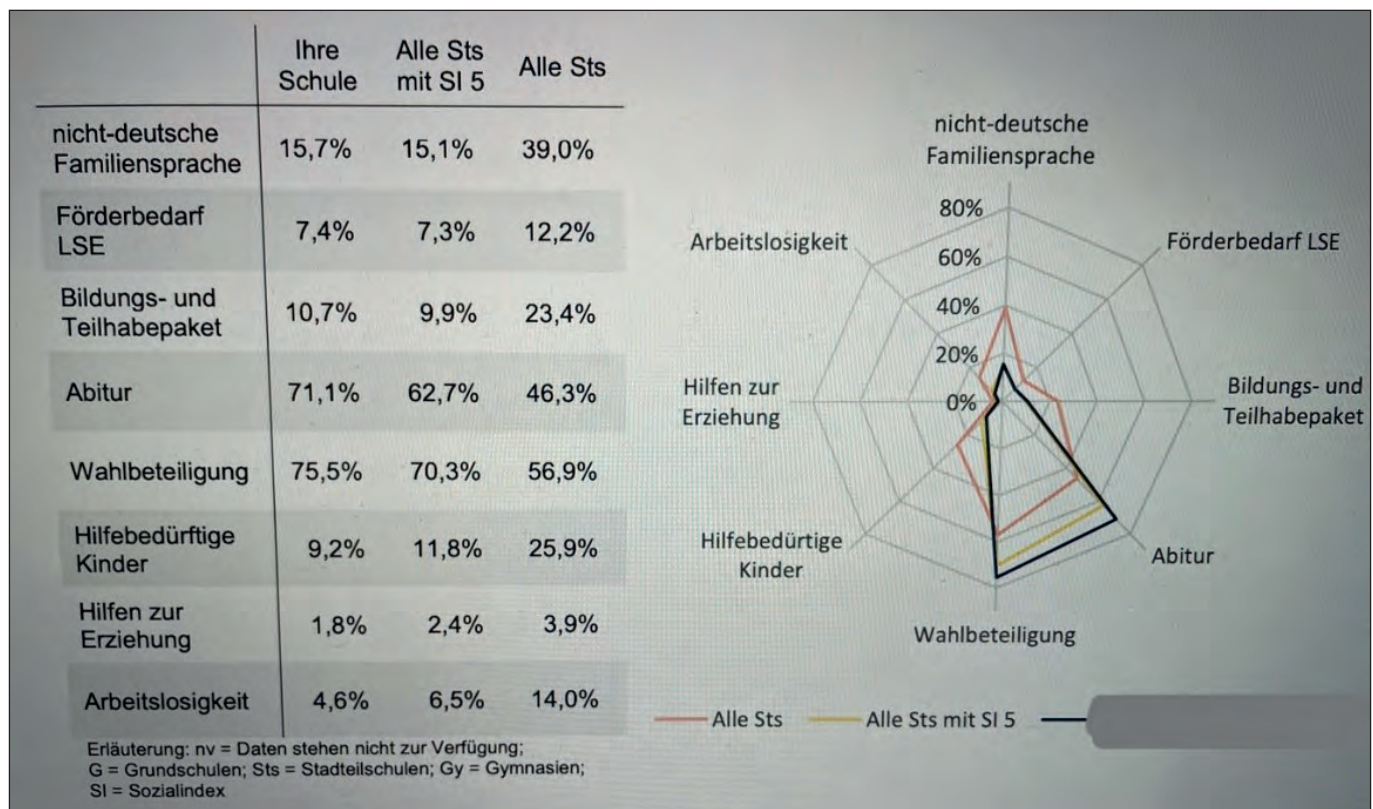
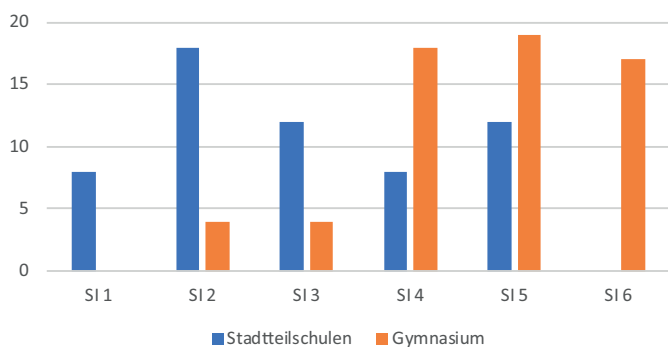


Abb. 3: Anzahl Schulen nach Schulform und Sozialindex

Verschärfung der Bildungsungerechtigkeit: entweder auf der einen Seite, wo die Ressourcen abgezogen werden, oder – blieben die Zuweisungen aufrechterhalten – auf der anderen Seite, wo die Ressourcen als Stellen eingeplant, aber nicht mit Personen besetzt werden. Solange die Schulbehörde nicht die Ressourcen zur Bekämpfung der Bildungsungerechtigkeit insgesamt massiv erhöht – denn die Versäumnisse sind Jahrzehnte alt –, wird sie zwischen Scylla und Charybdis navigieren müssen.

Dies vor Augen haben wir einen Bestandsschutz für die Schulen beantragt sowie eine Erhöhung der nötigen Ressourcen, um die Mehr- und Neubedarfe an den Schulen zu decken. Der Antrag mag Kontroversen auslösen, jedoch sind genau diese Kontroversen nötig. Nicht um Recht zu behalten und auch nicht, sich im Klein-Klein der Finanzierung zu verlieren – wir wollen auch den Sondertopf Corona anzapfen. Denn Geld ist genug da. Sondern die drängende Frage ist die fortdauernde und sich verschärfende Bildungsungerechtigkeit, aktuell noch einmal verstärkt durch die Folgen der Pandemie. Dieser muss sofort und dauerhaft begegnet werden.

Da sich niemand der bildungspolitischen Entscheider:innen durch irgendeinen kreativen, zukunftsweisenden Weg in dieser Krise hervorgetan hat, um Kindern und Jugendlichen Bildung nahezubringen und sie endlich aus ihrer sozialen Isolation und zumeist großer Not herauszuholen, auch wenn Schulgebäude geschlossen sind, müssen die regierenden Bildungspolitiker:innen doppelt liefern, wenn die Schulen wieder geöffnet werden (was über kurz oder lang der Fall sein wird).

Es wäre hinsichtlich des Lehrer:innenmangels (der ein mögliches Argument gegen einen »Bestandsschutz« sein könnte) durchaus interessant, nach Brandenburg zu blicken. Dort werden an der Universität Potsdam geflüchtete und zugewanderte Lehrer:innen für den Schuldienst ausgebildet. Seit 2016 läuft dieses Programm, weist bisher nicht euphorisch stimmende, aber positive Zahlen aus, und mehrere Universitäten wie Flensburg und Kiel haben es übernommen. Warum Hamburg eigentlich nicht? Klar, es ist ressourcenauslösend, auch die Studiengänge müssten wahrscheinlich erweitert werden, aber es würde sich angesichts der dringend benötigten Lehrer:innen lohnen. Und eigene Lehrkräfte in einem noch größeren Umfang auszubilden würde der Konkurrenz der Bundesländer um Lehrkräfte einen Riegel verschieben und wäre eine angemessene Antwort auf die sozialen Verwerfungen und Herausforderungen auch in unseren Schulen.

⁴ Unser Antrag zum Sozialindex ist in der Parlamentsdokumentation als Drs. 22/4238 erfasst. www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/75544/neuberechnung_des_sozialindexes_bestandsschutz_fuer_die_bildung.pdf

⁵ www.neues-deutschland.de/artikel/1151238.universitaet-potsdam-eine-chance-fuer-gefluechtete-lehrer-und-das-bildungswesen.html



Neubau (Hauptgebäude mit Klassen- und Fachräumen) der Stadtteilschule Rissen, 2019 (Minderbinder, CC BY-SA 4.0)

In memoriam Stefan »Teddy« Dührkop



Einige Monate vor den Bezirkswahlen 2019 bekam Teddy seine Diagnose. Er sagte zum Arzt in der Poliklinik Veddel, dass er sich beeilen solle, denn zum Wahlkampf müsse er wieder fit sein. Leider hat er dieses Ziel nicht geschafft. Am 6. Mai 2021 ist unser Fraktionsmitglied Stefan »Teddy« Dührkop (Jahrgang 1963) nach längerer Krankheit verstorben. Selbst im Angesicht einer lebensbedrohlichen Diagnose war für Teddy offenbar das Wichtigste, wieder Politik für die Menschen, eine gerechtere Gesellschaft und eine bessere Welt machen zu können. Er hat für diese Ziele gelebt und schon als junger

Mann antifaschistische und antirassistische Kämpfe in der Hafensstraße ausgetragen. Über die Jahrzehnte seiner politischen Aktivität hinweg ist er sich immer treu geblieben, auf seine ganz eigene, ungemütliche, herzliche Art.

Mit seiner Koderschnauze hat er die Bezirksversammlung Mitte das eine oder andere Mal ordentlich aufgemischt und stets alle Anwesenden kurzerhand mit »Moin Präsidium und Kolleg:innen« auf dem Podium begrüßt. **Wir sagen nun »Tschüss, Teddy!«** Du wirst mit deinem großen Herzen und deinem unermüdlichen Kampf in unserer Fraktion, auf der Veddel und deinen vielen Freunden sehr fehlen!

Deine Linksfraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte: Ina – Alexander – Maureen – Marinus – Steffen – Ronald – Theresa

Herausgeber:innen und Redaktion des »Bürger:innenbriefs« schließen sich dem Nachruf an und wünschen allen Freund:innen und Gefährt:innen von Teddy viel Kraft und das Vermögen, in seinem Sinne sozial und politisch weiter zu wirken.

Teddy war ein besonderer, humorvoller, empathischer Mensch. Mit bewundernswerter Willenskraft hat er gegen seinen »Krebs« gekämpft, unendlich anstrengende Behandlungen über sich ergehen lassen und (sich) nicht aufgegeben. Danke, Teddy, für die gemeinsame Arbeit!

Tipps und Termine

Der noch nicht veröffentlichte bzw. allgemein zugängliche **Jahresbericht 2020** der **Kommission für Bodenordnung** hat bereits Spuren in der Presseberichterstattung hinterlassen. Danach hat die Freie und Hansestadt Hamburg im vergangenen Jahr **Flächen für rund 1.000 Wohnungen verkauft**, obwohl es doch seit Ende 2019 hieß, der Senat würde weitgehend auf die Vergabe im Erbbaurecht umstellen. Doch weit gefehlt. 17 städtische Flächen gingen an private Bauträger, und die bauten darauf zu 57% geförderte Wohnungen, 43% dagegen waren teure freifinanzierte oder noch teurere Eigentumswohnungen. Auf städtischen Flächen (www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Nur-60-Prozent-Sozialwohnungen-auf-ehemaligem-Stadtgrund,wohnungsbau440.html)!

Am 20. März 2021 hatten der BUND Hamburg, der DGB und die Diakonie in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung eine **Online-Tagung** zum Komplex **Bauen, Wohnen, Sanieren in Hamburg** durchgeführt. Die damaligen Inputs u.a. von Katrin Brandt (Stattbau), Katja Karger (DGB) und dem Autor Daniel Fuhrhop können **jetzt im Netz** aufgerufen und nachvollzogen werden: www.youtube.com/channel/UC_ZebQYqSWCIIbpb8oz6t_Q.

Wer aufmerksam die Medien verfolgt, wird permanent auf neue Studien, Gutachten und Erhebungen aufmerksam gemacht, gerade auch im Wohnungsbereich. Im April hat die **HypoVereinsbank** ein siebenseitiges Material veröffentlicht, den **Wohnimmobilien-Marktbericht Hamburg**. Darin geht es um Kaufpreise für Häuser, Eigentumswohnungen und Bauland sowie Mietpreise, aktuelle Projekte, Trends und Perspektiven«. Auch wir LINKE schauen immer gebannt auf neue Untersuchungen zur Mietpreisentwicklung und müssen (auch uns selbst) bisweilen daran erinnern, dass es natürlich Zusammenhänge, ja, direkte Auswirkungen der Boden- und Immobilienpreise auf den Mietwohnungsmarkt gibt. Ein interessantes Ergebnis auch dieser Studie belegt, dass in den letzten Jahren die Kaufpreise für Eigenheime und Baulandpreise für individuellen Wohnungsbau schneller wachsen als die Mietpreise und Baulandpreise für Geschosswohnungsbau. Die HypoBank konstatiert Phänomene einer zunehmenden **»Marktüberhitzung«**. Anders formuliert: Das Betongold könnte in den nächsten Jahren zu einer Katastrophe für viele Haushalte führen, die sich überschuldet haben, um ein zu hoch bewertetes Eigenheim zu erwerben. Der Marktbericht listet auch recht anschaulich die großen Wohnbauprojekte der 2020er Jahre auf. Und zwar hier: <https://immobilien.hypovereinsbank.de/immobilien-marktberichte/>.



Die **Verbraucherzentrale** Hamburg hat den Ratgeber **Neues Wohnen im Alter** neu herausgegeben. Auf 196 Seiten geht es u.a. um diese Fragen: Umziehen oder bleiben? Worauf sollte bei der Suche nach einer barrierefreien Wohnung geachtet werden? Was genau meint »betreutes Wohnen« und wie funktioniert es? Mehrgenerationenwohnen als gegenseitige Hilfe über Generationen hinweg – wie lässt sich diese Idee verwirklichen? Woran lässt sich ein gutes Pflegeheim erkennen und was leisten Pflegewohngemeinschaften? Das Buch kostet 16,90 Euro und kann sicher bald wieder im Infoladen der Verbraucherzentrale (Kirchenallee 22) erworben oder direkt heruntergeladen werden. Mehr unter www.vzhh.de/shop/energie/718114/neues-wohnen-im-alter.aspx.

Es ist doch immer gut zu wissen, wer in Hamburg die wirklichen **Strippenzieher:innen** sind. In der Immobilien- und Maklerbranche gehört ganz sicher der österreichische Milliardär und Investor **René Benko** dazu, hier und da liebevoll auch als **Kaufhauskönig** bezeichnet, der einige Unternehmen in den Abgrund gerissen und die Beschäftigten in die Arbeitslosigkeit getrieben hat. So auch in der sehenswerten, dreiviertelstündigen ARD-Hintergrundreportage über diesen Akteur, der an der Mönckebergstraße ebenso sein Unwesen treibt wie beim Elbtower (realisiert von der Signa Prime Selection AG, einem Unternehmen der Signa Holding von – traratrara – René Benko). Eben ein Gestalter nicht zuletzt des hamburgischen Stadtbildes, zwar mit viel Geld, allerdings ohne jedwede demokratische Legitimation, die verschaffen ihm erst andere ... **Wie ein Multimillionär Karstadt und Kaufhof versilberte** ist zu sehen unter: www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/sendung/der-kaufhauskoenig-100.html.



Nicht nur die Rosa-Luxemburg-Stiftung, auch DIE LINKE im Allgemeinen und unsere Bundestagsfraktion im Besonderen gibt immer wieder sehr **informative Schriften** heraus, oft auch zum Downloaden. Da ist zum einen das am 24. März auf einer Bundespressekonferenz vorgestellte nur vierseitige, aber umso inhaltsschwerere Material der Bundespartei mit dem Titel **Föderale Fairness: 8-Punkte-Plan für gleichwertige Lebensverhältnisse bis 2025**. Es geht z.B. um solche Renner wie die Vermögenssteuer, Pflege und Krankenhäuser, aber auch um Gerechtigkeit zwischen Ost- und Westdeutschland, Ideen zum Stopp der Verödung von Innenstädten und ein Bundesministerium für gleichwertige Lebensverhältnisse. Wen's interessiert: www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/foederale-fairness-8-punkte-plan-fuer-gleichwertige-lebensverhaeltnisse-bis-2025/. Und das zweite Material ist so gut, dass wir hier auch die zweite, erweiterte Auflage bewerben: **Mietenwahnsinn und Wohnungsnot vor Ort bekämpfen!** 32 pralle Seiten mit Anregungen der Bundestagsfraktion zum Umgang mit der Mieten- und Bodenpreisexlosion, mit Sozialwohnungsbau und Zwangsräumungen: www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Broschueren/mietenwahnsinn-und-wohnungsnot-vor-ort-bekaempfen.pdf.

Wir hatten die Ausstellung mit **Werken von William Kentridge** schon einmal in einem früheren »Bürger:innenbrief« empfohlen. Weil sie coronabedingt nur wenige Tage wirklich zu sehen war, nehmen wir hier die Ankündigung eines fast **sechstündigen Symposiums der Deichtorhallen** auf. »Die Bedeutung und der Einfluss William Kentrides auf Künstler:innen heute, Post-Kolonialismus und Erinnerungskultur, das Wandelbare und die Melancholie sowie die treibende Kraft der Musik im Werk von Kentridge. Eine Führung durch die Kentridge-Ausstellung in den Deichtorhallen und ein Studiobesuch bei William Kentridge in Johannesburg sind ebenfalls Teil der digitalen Veranstaltung (in deutscher und englischer Sprache): www.deichtorhallen.de/en/veranstaltung/william-kentridge-symposium.

Ein besonders beeindruckendes Youtube-Dokument ist entstanden bei der alljährlich stattfindenden Veranstaltung **Möllner Rede im Exil**. Dieses Mal, d.h. am 18. April, wurden die Ansprachen von **Newroz Duman und Naomi Henkel-Gümbel** gehalten, die über ihre »Kämpfe als Überlebende bzw. Angehörige von Opfern der rassistischen und antisemitischen Anschläge in Halle und Hanau« berichteten: www.youtube.com/watch?v=39oG_oPFpk.

Hinter den Kulissen des Bundestages, so lautet das Motto für eine Online-Reihe der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Deren stellvertretende Vorsitzende Gesine Löttsch setzt sich alle paar Wochen mit einer Kollegin oder einem Kollegen aus der Linksfraktion zusammen, um immer ziemlich genau **20 Minuten über ein bestimmtes Gremium oder einen Ausschuss** des Bundestages zu sprechen. Das ist teilweise sehr informativ und soll zugleich die Forderung der LINKEN unterstreichen, dass gefälligst alle Ausschüsse des Bundestages öffentlich zu tagen haben – was leider keineswegs der Fall ist. Die bisherigen Mitschnitte finden sich hier: www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/hinter-den-kulissen-des-bundestags/. Nächster Gast bei Gesine Löttsch ist Jan Korte, der parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE und Mitglied im Ältestenrat des Bundestages, online zu sehen ab 22. Mai.



Soeben ist die neue Nummer der Zeitschrift **LUXEMBURG. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis** erschienen (1/2021). Das von der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegebene, umfangreiche Vierteljahresperiodikum ist dieses Mal dem schönen Thema **Gewinnen lernen** gewidmet. Ausgelotet werden Beispiele linker Erfolge aus der jüngsten Zeit. Es geht in den rund 30 Beiträgen z.B. um die »Generation Greta« und die GRÜNEN, um Organizing und systematischen Wahlkampf. Die 156 Seiten starke LUXEMBURG kann bestellt, kostenfrei abonniert oder als E-Paper heruntergeladen werden: www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2021/05/lux_2101_web.pdf.

Joachim Bischoff und Bernhard Müller haben auf vorortLINKS einen interessanten Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung eingestellt. Er trägt den Titel Die **Pandemie verschärft die Strukturschwäche des Hamburger Arbeitsmarktes** und informiert anhand vieler Zahlen und Bewertungen über die jetzt schon dramatische Situation der zunehmenden (Dauer-)Arbeitslosigkeit und die ökonomischen Auswirkungen der Pandemie, auf die wir uns in den nächsten Jahren einzustellen haben: www.vorort-links.de/analysen_ansichten/detail/artikel/die-pandemie-verschaerft-die-strukturschwaeche-des-hamburger-arbeitsmarktes/.

vorortLINKS
Analysen | Ansichten | Alternativen

Auch die **Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) Hamburg** besticht wieder mit einem abwechslungsreichen Programm in den Monaten Mai und Juni. Es gibt u.a. um (Online-)Veranstaltungen zum Verhältnis von **Feminismus und Sozialismus**, die **Mittelmeer-Dialoge** (beide am 19. Mai), **rechte Thinktanks** (20. Mai), **Gangsta-Rap** (2. Juni) und – als mehrteiliger Schwerpunkt – das **Recht der Frauen auf das körperliche Selbstbestimmungsrecht** (10. Juni) und die Kämpfe um das **Recht auf Abtreibung in Argentinien** (14. Juni) und **Polen** (17. Juni). Mehr hier: www.hamburg.rosalux.de.

Ein interessantes **Miterleben von Reden auf der Parlamentsbühne** bietet seit einiger Zeit die Hamburgische Bürgerschaft. Nehmen wir beispielhaft die Debatte über den **Antrag der Linksfraktion, im Falle der Schiller-Oper eine mögliche Enteignung zu prüfen**. Diese gut zwanzigminütige Parlamentsdiskussion bietet wunderbare Einblicke in das Rumeiern der Abgeordneten der anderen Fraktionen. Wer diesen Link ansteuert – <https://mediathek.buergerschaft-hh.de/sitzung/22/24/#top-3695> – kann sich gleichzeitig einen Eindruck auch von allen anderen Parlamentsdebatten verschaffen. Wer also einmal eine Diskussion verpasst hat, hat über diese bestens aufbereitete Mediathek alle Möglichkeiten dazu, wenigstens im Nachhinein »dabei« zu sein.



Neu erschienen ist Mitte Mai die Nummer 2/2021 der **Zeitschrift** des Fachverbandes Fußverkehr Deutschland (**FUSS e.V.**) mit dem schönen Namen **mobilogisch**. Themen sind u.a. fußgänger:innenfreundliche Ampelschaltungen, die Stadt mit Kinderaugen, die autoreduzierte Innenstadt von Oslo und die Frage, ob völlig autofreie Städte Frauen benachteiligen. Einen Überblick und die Bestellmöglichkeit gibt es hier: <https://mobilogisch.de/aktuell/40-ml/archiv/285-mai-2021.html>.

Genau **8,84 Quadratkilometer des Hamburger Stadtraumes werden in Hamburg von parkenden Autos belegt**, war am 25. März in der Mopo zu lesen. Diese interessante

Berechnung hat der Naturschutzbund (Nabu) angestellt: Pro Wagen werden im Durchschnitt

elf Quadratmeter benötigt (die SUVs dürften geschätzt dreimal so viel Raum einnehmen wie die kleinen Smart-Autos), mal 804.196 gemeldete Fahrzeuge macht das 8,84 Quadratkilometer aus, eine Fläche, die fünfeinhalbmal so groß ist wie die Außenalster (<https://www.mopo.de/hamburg/gigantische-flaeche-so-viel-parkplatz-verbrauchen-hamburgs-autos-wirklich-38215408>). Und hier geht's zur kompletten Nabu-Pressemeldung vom 23. März (https://hamburg.nabu.de/modules/pressteservice_hamburg/index.php?popup=true&show=15892&db=pressteservice_hamburg), der wir auch die nebenstehende Grafik entnehmen.



Das **Hamburger Bündnis für Mobilität** – bestehend aus 30 Organisationen aus den Bereichen Verkehrs- und Umweltpolitik – entwickelt allerhand Ideen und Konzepte für eine lebenswerte Stadt 2035, die so geprägt sein soll: »Hamburg ist mobil – sicher, gesund, inklusiv, klimagerecht, umweltschonend und wirtschaftlich sinnvoll.« (<https://buendnis-mobilitaet.org/>) Von Zeit zu Zeit tritt dieses Bündnis auch mit verkehrspolitischen Forderungen und alternativen Programmen an die Öffentlichkeit. Die jüngste Einlassung dieser Art datiert vom 29. April, einer Pressemitteilung des Bündnisses mit den Forderungen zur Mobilitätswende (<https://buendnis-mobilitaet.org/pressemittteilung-pm1/>). **Die Forderungen des Bündnisses im Einzelnen:**

- Gesteigerte Verkehrssicherheit: Oberstes Leitziel der Verkehrsplanung wird die »VisionZero«, das heißt, der Verkehr soll so sicher und fehlertolerant organisiert werden, dass möglichst keine Verkehrstoten und Schwerverletzten mehr auftreten.
- Reduktion des motorisierten Individualverkehrs (MIV): Der ruhende und fahrende Kfz-Verkehr verringert sich drastisch: Im Jahr 2035 sollen 90% der Hamburgerinnen Verkehrsmittel des »Umweltverbunds« (ÖPNV, Fahrrad und Zufußgehen) nutzen.
- Klimagerechtigkeit: Der Verkehrssektor trägt dazu bei, dass Hamburg 2035 CO₂-neutral ist. Die Ziele des Klimaplanes für den Verkehrssektor werden entsprechend geschärft.
- Verbesserte Luftqualität: Die von der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen Grenzwerte werden 2030 überall eingehalten.
- Verbesserter Lärmschutz: In Wohnlagen sollen unverzüglich die gesetzlichen Maximalwerte für Lärm am Tag und in der Nacht eingehalten werden. Langfristig sollen die noch leiseren Empfehlungen des Umweltbundesamtes eingehalten werden.
- Flächenschutz: Pro Jahr sind 3% der Verkehrsflächen auf öffentlichem und privatem Grund zu entsiegeln, zu renaturieren oder in Räume mit hoher Aufenthaltsqualität umzuwandeln.

- Das Bündnis Mobilität fordert eine ganzheitliche Verkehrsplanung, die unsere qualitativen und messbaren Ziele zügig und verbindlich erreicht.
- Dabei müssen Verkehrskonzepte und Entscheidungen über Großprojekte mit Beteiligung der Bürgerinnen und Verbände entwickelt werden.
- Die Behörden und öffentlichen Unternehmen sind mit entsprechenden zielführenden Aufträgen, Kompetenzen, Personal und Finanzen auszustatten.
- Die A 26-Ost wird ein kritischer Punkt in den Koalitionsverhandlungen und für die Zukunft des Verkehrs in Hamburg. Die A 26-Ost führt zu mehr Kfz-Verkehr, zerstört Natur und ist in Hinblick auf die Mobilitätswende auch volkswirtschaftlich falsch. Deshalb sollen die Planungen umgehend gestoppt werden.



Immer noch online wird es bei einer Veranstaltung bleiben, die die Fraktion der **LINKEN in der Bezirksversammlung Wandsbek** am **Dienstag, den 18. Mai**, 19.00 Uhr, durchführen will. Es geht um die Mobilitätswende, speziell die Zukunft der **B75 als ökosoziale Magistrale in Eilbek und Wandsbek**. Thomas Iwan, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, hat an diesem Abend Heike Sudmann zu Gast. Die Anmeldung erfolgt über www.linksfraktion-wandsbek.de/Veranstaltung.

Keine Profite mit Boden und Miete, das ist natürlich nicht nur ein gesamthamburgisches Thema, die Probleme stellen sich konkret für die Menschen vor Ort dar. Die Linksfraktion in der Bezirksversammlung Wandsbek widmet sich auf einer Online-Veranstaltung am **Mittwoch, den 26. Mai**, von 19.00 bis 20.30 Uhr dem **Stadtteil Rahlstedt**. Diese De-Facto-Großstadt zwischen Reichtum und RISE am Metropolenrand wächst pro Jahr um 500 Einwohner:innen und über 300 Wohnungen. Der Anteil von Sozialwohnungen hat von 13 % in 2011 auf 7% in 2020 abgenommen, obwohl die Einkommen vieler

Haushalte mit der Wohnkostenentwicklung nicht mithalten. Die Stadtentwicklung setzt auf Strukturerehalt der Villenviertel, ansonsten aber auf Nachverdichtung und Erneuerung der kleinen Einkaufszentren. Doch reichen Verkehrsplanung und soziale Infrastruktur für die kommenden Jahrzehnte? Heike Sudmann und Rainer Behrens (Linksfraktion in der Bezirksversammlung Wandsbek) begeben sich in die Diskussion der aktuellen Planungen und setzen auf Anregungen der Rahlstedter:innen für ihre jeweilige parlamentarische Arbeit: **Wie kann Stadtplanung für Rahlstedt gelingen?** Anmeldung bitte an info@linksfraktion-wandsbek.de, von dort gibt es dann den Zugangslink.

Am **Samstag, den 29. Mai**, findet eine umweltpolitische **Fahrrad-Sternfahrt** zum Rathausmarkt statt. Das Bündnis verschiedener Umweltorganisationen ruft auf zur Beteiligung unter dem Motto **Rettet Hamburgs Natur – Jeder Baum zählt**. Startpunkte sind um 11.30 Uhr in Moorburg, um 12.00 Uhr in Wilhelmsburg, um 13.00 Uhr in Teufelsbrück und auf dem Mittleren Landweg. Die Abschlusskundgebung ist um 15.00 Uhr auf dem Rathausmarkt vorgesehen. Mehr – auch zum Thema »Wohnraum und Natur sind kein Widerspruch« – unter <https://nein-zu-oberbillwerder.jimdo.free.com/>.



Das Thema A 26-Ost erhitzt zurzeit die Gemüter. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) wirft daher diese Frage auf: Braucht Hamburg eine neue Stadtautobahn? Die entsprechende Online-Veranstaltung findet am Montag, den 1. Juni, 18.00 bis 20.00 Uhr. Nach einem einleitenden Impulsvortrag von Michael Rothschuh (Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V.) über Alternativen zum Bau der A 26 gibt es eine Podiumsdiskussion mit Manuel Sarrazin (MdB für die GRÜNEN), Arnold Mergell (vom Industrieverband Hamburg), Dr. Christoph Ploß (MdB für die CDU, angefragt) und Christiane Blömeke (vom BUND Hamburg). Die Moderation übernimmt Karin Heuer. Verbindliche Anmeldungen sind erwünscht bis zum 28. Mai per Mail an anmeldung@bund-hamburg.de, der Zugangslink zur digitalen Veranstaltung erfolgt prompt.

Wir, die Otze 14

Ein Statement der Bewohner:innen



Foto und Logo: Otze 14 e. V.

St. Pauli ist schon lange im Visier von Spekulant:innen. Die Umwandlungen von günstigen Mietwohnungen in Eigentumswohnungen, die rasant steigenden Mieten vertreiben viele ursprüngliche Bewohner:innen. Nachfolgend melden sich Betroffene eines zum Verkauf stehenden Wohnhauses in der Otzenstraße zu Wort. Ihr Beitrag enthält nicht nur Informationen, sondern auch die Möglichkeit für eine direkte Unterstützung. Wir danken der Initiative für diesen anschaulichen Beitrag.

Das Haus in der Otzenstraße 14 sieht von außen betrachtet aus wie viele Häuser auf St. Pauli und Umgebung. Tatsächlich lohnt sich allerdings auch ein Blick hinter die kreativ gestaltete Fassade und die liebevoll mit Stickern beschmückten Eingangstüren. Die zwölf Parteien des Hauses, die sich vom Keller bis in den Dachboden verteilen, geben derzeit 38 Erwachsenen und vier, bald fünf Kindern ein schönes Zuhause. Einige leben seit über zehn Jahren in diesem Haus, andere sind erst vor wenigen Monaten dazu gekommen und manche hat es kurz in andere Gefilde gezogen, aus denen sie wegen der einzigartigen Nachbar:innenschaft wieder zurückgefunden haben. Eine tolle Gemeinschaft Tür an Tür.

Als wir Ende 2019 zufällig die Verkaufsannonce »unseres Hauses« entdeckten, verbreitete sich diese Information wie ein Lauffeuer und wir beschlossen als Hausgemeinschaft selbst Einfluss auf die Zukunft dieses Hauses zu nehmen. Denn die Sorge, das Dach über dem Kopf zu verlieren, erfasste viele von uns. In wöchentlichen Treffen haben wir unsere Möglichkeiten diskutiert, einen Hausverein gegründet und Kontakte zu Verwaltung und Politik aufgenommen.

Unser Verein Otze 14 e.V. besteht nun seit Anfang des Jahres. Unsere Gemeinschaft ist in der Vergangenheit immer weiter organisch gewachsen. Vor allem die akute Herausforderung, dass das eigene Zuhause verkauft werden soll, in dem sich so viele wirklich zu Hause fühlen, stärkte das solidarische Miteinander. Dabei war es total egal, ob wir Studierende, Besserverdienende, Arbeitslosengeld-Beziehende oder Menschen aus der klassischen Arbeitsgesellschaft sind – wir alle wollten und wollen vor allem eins: In unserer Nachbar:innenschaft auf St. Pauli leben, ohne dabei Angst vor Verdrängung oder unbezahlbar hohen Mietkosten haben zu müssen.

Aus diesem Grund kämpfen wir in solidarischen und selbst-organisierten Strukturen für eine Hausgemeinschaft, die wir am liebsten selbst verwalten wollen. Nur so haben wir die Möglichkeit auf ein Leben in einem Stadtteil, in dem wir unsere Freund:innen und Familie, unsere Kita, unser Lieblings-Café und unseren Sportverein haben. Gleichzeitig engagieren sich viele aus der Otze 14 ehrenamtlich in unterschiedlichsten Stadtteilprojekten und notwendigen Institutionen/Organisationen wie zum Beispiel in der Hilfe für wohnungslose Menschen oder im AstA der eigenen Hochschule. Dies ist alles nur möglich, weil wir die Sicherheit haben, in geschütztem Wohnraum leben zu dürfen.

Weil wir uns nicht mehr vorstellen können, aus unserem Lebensmittelpunkt wegzuziehen und wir auch zukünftig für andere solidarische Menschen bezahlbaren Wohnraum bewahren wollen, setzen wir uns dafür ein, dass aus der Otze 14 kein profitorientiertes Spekulationsobjekt wird.

Darum haben wir uns in den letzten Monaten über verschiedene Modelle zur Verwirklichung unseres Projektes informiert,

wie der Verkauf an eine:n Investor:in verhindert werden kann. Wir haben uns u.a. vertieft mit dem Modell des Mietshäuser-Syndikats sowie mit Genossenschaftsmodellen auseinandergesetzt.

Mehrere Interessent:innen haben sich in den letzten anderthalb Jahren das Haus angeguckt. Derzeit sind wir als Gemeinschaft eine:r von mehreren Interessent:innen im Gespräch mit dem Eigentümer. Klar ist aber, dass wir nicht jede Summe zahlen können und wollen. Der Hauskauf muss für uns über die Mieten refinanzierbar sein.

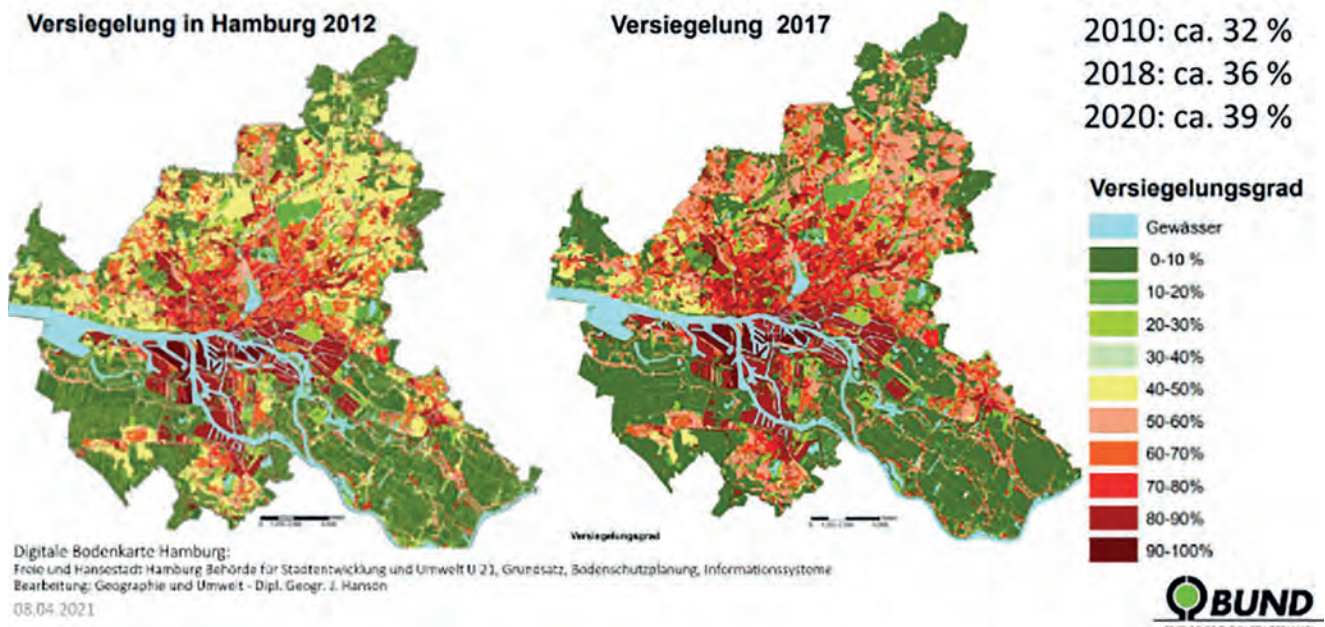
Die Hausgemeinschaft der Otze 14 eint der Wunsch nach einem solidarischen Zusammenleben in einem Haus, das nicht

als gewinnbringende Wertanlage betrachtet wird, sondern als Bereicherung des Viertels und als Beispiel gegen Verdrängung einkommensschwacher Menschen aus dem bunten und lebenswerten Stadtteil St. Pauli. Es geht uns nicht darum, das Haus als unser Eigentum zu sehen, sondern darum, dass diejenigen, die in den Häusern wohnen, auch über deren Zukunft entscheiden sollen.

Dafür brauchen wir eure Unterstützung und sind auf die Vernetzung und das Know-how anderer Akteur:innen und Projekte angewiesen. Wir freuen uns über neue Kontakte, Netzwerke und Ideen sowie jede Form von Support.

Kontaktiert uns gerne über otze14@posteo.de

BUND fordert Moratorium für freifinanzierten Wohnungsbau



Am 6. Mai legte der Hamburger Landesverband des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) eine Erklärung vor, die seitdem für viel Aufregung und kontroverse Diskussion in der Stadt gesorgt hat. Der BUND fordert einen neuen Weg in der Stadtentwicklung und nichts weniger als ein »Moratorium für freifinanzierten Wohnungsbau und eine Netto-Null-Strategie gegen Flächenfraß«.

Das »Hamburger Abendblatt« hat diese gegen den Bauen-Bauen-Bauen-Wahn des Senats gerichteten BUND-Initiative manipulativ verdreht und seinen Leser:innen diese Frage gestellt: **»Sollte der Senat die Förderung von Wohnungsbau stoppen, um das Stadtgrün besser zu schützen?«** Dieser Gegensatz ist natürlich Unsinn und dürfte vom BUND so kaum gemeint sein. Denn wir brauchen mehr geförderten Sozialen Wohnungsbau, schon um die unversorgten Haushalte schnellstmöglich mit einer bezahlbaren Wohnung zu versorgen. Aber wir brauchen auch die Grün- und Parkflächen, in denen sich gerade in der hochverdichteten Stadt leben und atmen lässt. Wir nehmen das Dokument hier zwecks Anregung bzw. Fortführung einer wichtigen Debatte auf und danken dem BUND Hamburg für die Möglichkeit, seine Pressemitteilung samt Flächenversiegelungskarte vom 6. Mai im BB »abdrucken« zu dürfen.

Anlässlich der laufenden Verhandlungen über das »Bündnis für das Wohnen« mit der Hamburger Wohnungswirtschaft und den »Vertrag für Hamburg – Wohnungsneubau« mit den Bezirken fordert der BUND Hamburg, das Ziel, pauschal 10.000 neue Wohnungen pro Jahr zu genehmigen, aufzugeben. Das bisherige Tempo beim Wohnungsneubau würde die zunehmende

Flächenversiegelung in Hamburg fortschreiben mit fatalen Folgen für den Naturschutz, den Biotopverbund und die Lebensqualität. Die Stadtentwicklung müsse neu gedacht werden.

»Natur- und Artenschutz dürfen nicht länger der Bauwut untergeordnet werden. 10.000 Wohnungen im Jahr sind in einem Stadtstaat mit begrenzter Fläche verantwortungslos«, empört sich Christiane Blömeke, Landesvorsitzende des BUND Hamburg. Klimaschutz, Artenvielfalt und nicht zuletzt die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger bräuchten Grünflächen. Parks allein genügen nicht.

Der BUND sieht die Möglichkeiten für zusätzlichen Wohnungsbau ohne Inanspruchnahme von Grünflächen noch nicht ausgereizt. So stecken der Wohnungsbau an Hauptstraßen (Magistralen) und die Aufstockung bestehender Gebäude noch in den Kinderschuhen. »Eine einfache Neuauflage der Verträge zum Wohnungsbau ist falsch – ein angespannter Wohnungsmarkt ist kein Freibrief für ein Bauen um jeden Preis. Im Gegenteil, das Ziel einer nachhaltigen Stadtentwicklung, die Klimakrise und das Artensterben benötigen jetzt einen Kurswechsel im Wohnungsbau«, so Christiane Blömeke.

Der BUND fordert eine Aussetzung der Neubaugenehmigungen im freifinanzierten Wohnungsbau. Seit 2011 sind mehr als 106.000 Wohnungen in Hamburg genehmigt worden. Davon wurden bis Ende 2020 aber erst rund 70.000 Wohnungen gebaut. Diese Genehmigungen müssten zunächst abgearbeitet, weitere müssten auf Basis eines »Netto-Null-Konzepts« entwickelt werden. Ein solches beinhaltet eine Flächenkreislaufwirtschaft, die Neubauten zwar nicht verhindert, aber vorsieht, dass bei einer Bebauung auf Freiflächen Areale an anderer Stelle wieder entsiegelt werden. Nur so sei auf Dauer ein grünes, attraktives Hamburg mit den nötigen Funktionen für den Biotopverbund und die Naherholung zu sichern. Außerdem fehle eine planerische Gesamtsteuerung der Stadt, da der Flächennutzungsplan aus 1997 völlig veraltet sei.

»Die aktuelle Stadtentwicklung von »Bausenatorin« Dorothee Stapelfeldt hat keine Zukunft. Es gibt keine demokratisch legitimierte Gesamtplanung für die Stadt und alle zwei Jahre wird eine Fläche von der Größe der Außenalster überplant. Europa und auch die Bundesregierung bekennen sich bei der Flächennutzung zu einer Kreislaufwirtschaft, nur Hamburg hat keinen Plan«, so Manfred Braasch, Landesgeschäftsführer des BUND.

Aus Sicht des Umweltverbands braucht die Hansestadt dringend ein neues Leitbild, das den Problemen der Zukunft gerecht wird. Diese heißen Klimawandel, Ressourcenverbrauch und Flächenversiegelung, andere Städte seien dabei deutlich fortschrittlicher. So gebe die Metropole Paris das Leitbild einer 15-Minuten-Stadt vor, in der alle wichtigen Funktionen, also auch die Naherholung, in kurzer Distanz erreichbar sein sollen. Kopenhagen wolle bis 2025 klimaneutral sein und Barcelona entwickle sogenannte Superblocks, in denen mehrere Häuserblocks zu nachhaltigen und grünen Quartieren zusammengefasst werden.

»Hamburgs Stadtentwicklung bleibt deutlich hinter ihren Möglichkeiten zurück. Zukunftsfähige Konzepte für bezahlbaren Wohnraum, eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik sowie eine flächensparende und innovative Mobilitätswende gibt es nicht«, bedauert Prof. Jörg Knieling, Vorstandsmitglied des BUND Hamburg. Das 10.000-Wohnungen-Dogma dürfe keinesfalls fortgeschrieben werden, da es wirklich guten und kreativen Ansätzen einer qualitätsvollen Stadtentwicklung im Wege stehe.

Hintergrundinformationen:

Entschließung des Europäischen Parlaments zum Bodenschutz vom 28.4.2021 | Flächenkreislaufwirtschaft (Netto-Null) siehe Punkt 15: www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0143_DE.html | Notwendigkeit des Flächenschutzes und Netto-Null-Ziel der Bundesregierung bis 2050 | Wissenschaftlicher Dienst, Seite 4, Punkt 2: [wd-7-163-17-pdf-data.pdf](#) Bereitstellung von Siedlungsflächen von knapp 70 ha für 10.000 WE im Bündnis für Wohnen | Entwurf – Vereinbarungstext – Bündnis für das Wohnen Hamburg 2015-2020, Seite 8 (6,7 ha/1.000 WE) | Bilanz Wohnungsbau in Hamburg seit 2011: Wohnungspolitik des Hamburger Senats - hamburg.de



Foto: www.bund-hamburg.de

Die SAGA verkauft und verkauft ...

Von Michael Joho



Transparent der Volksinitiativen Keine Profite mit Boden und Miete (Foto: Michael Joho)

... so etwa hatten wir in den BB-Ausgaben der vergangenen Monate über die von der Linksfraktion seit vielen Jahren kritisierte Praxis berichtet und dabei etliche Ungereimtheiten, falsche Angaben und bedenkliche Fehlentwicklungen aufgedeckt. In der April-Ausgabe war nicht mehr der Platz, also bringen wir in dieser Nummer das Thema vorläufig zum Abschluss, denn tatsächlich konnte die Linksfraktion einen – nun ja – Teilerfolg erzielen. Nach knapp 20 Jahren sieht es danach aus, als wenn eine politisch von Anfang fatale Fehlentscheidung absehbar zu ihrem Ende kommt: der Verkauf von Wohnungen der SAGA, von Wohneinheiten, die größtenteils einmal mit öffentlichen Mitteln hergestellt worden sind und eigentlich das Segment günstiger Mietwohnungen stärken sollten.

Es handelt sich dabei um ein doppeltes Trauerspiel oder besser um ein Trauerspiel in (bisher) zwei Akten. Da ist zum einen die privatisierungsversessene CDU, die das Verkaufsprogramm »Endlich meins!« 2002 eingeführt hat. 2010 erfolgte immerhin die Einschränkung, dass nur noch Wohnungen in »anprivatisierten« SAGA-Gebäuden verkauft werden sollten. Von 2002 bis 2010 wurden insgesamt 2.037 Wohneinheiten (WE) verkauft, davon 56,8% als »Mieterkäufe« (Drs. 21/17501 vom 18.6.2019).

Der zweite Akt des Trauerspiels setzte mit der Übernahme der Senatsführung durch die SPD 2011 ein. 2002 hatte sich die oppositionelle SPD noch gegen den Verkauf von SAGA-Wohnungen ausgesprochen. Doch nach 2011 hat sie

den Verkauf nicht etwa gestoppt, sondern in anprivatisierten Häusern munter fortgesetzt. Ein ganzes Jahrzehnt lang! Von 2011 bis Ende Mai 2019 wurden weitere 1.429 WE verkauft, davon nur noch zu 36,6% an Mieter:innen, dagegen inzwischen zu fast zwei Dritteln an »Selbstnutzer« von außen (Drs. 21/17501). Ein Jahrzehnt vertan, so ließe sich die Bilanz des Senats seit 2011 formulieren. Ein Trauerspiel, dem mehr als 1.500 weitere Wohnungen zum Opfer gefallen sind, die auf dem Mietwohnungsmarkt dringend benötigt werden.

Zu dem Trauerspiel, zweiter Akt, gehört, wie wenig ernst es die SPD und dann auch die angedockten GRÜNEN mit der endgültigen Abschaffung des Verkaufsprogramms meinten. Die Linksfraktion hat das seit 2010 immer wieder gefordert, letztmalig am 30. September 2020 (Drs. 22/1442, vom 28.9.2020), als der betreffende Antrag »Den Verkauf weiterer Wohnungen der SAGA endlich stoppen!« mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN abgelehnt wurde. Vor gerade mal einem guten halben Jahr (Bürgerschaftsprotokoll vom 30.9.2020, S. 708-711).

Da meinte Martina Köppen (die stadtentwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion) bei ihrer Ablehnung unseres Antrags noch, wir »müssen jetzt mit diesen Konsequenzen [des Verkaufsprogramms] leben und verantwortungsvoll damit umgehen« (Protokoll, S. 709). Was hieß, weitere Wohnungen zu verscherbeln. Und auch die GRÜNEN, namentlich ihr stadtentwicklungspolitischer Sprecher Olaf Duge, nutzten nicht etwa ihren Einfluss, das Verkaufspro-

gramm per Beschluss endlich zu stoppen. Vielmehr erinnerte er daran, wie großartig seine Fraktion 2012 gewesen sei, hätten sie damals doch »den Senat gebeten, der SAGA ins Stammbuch zu schreiben, nur noch Verkaufsvorgänge in anprivatisierten Häusern abzuschließen und darauf zu achten, dass, wenn möglich, nur an die vorhandenen Mieterinnen und Mieter verkauft wird« (Protokoll, S. 709). Was ebenfalls hieß, den Verkauf weiterer SAGA-Wohnungen in erheblicher Größenordnung zuzulassen. Und so sind von 2019 bis August 2020 weitere 113 WE der SAGA verkauft worden, davon 90 an Selbstnutzer:innen und nur 23 an Mieter:innen – also gerade mal 20% (Drs. 22/1134 vom 28.8.2020). So viel zum nachhaltigen Einwirken der GRÜNEN.

Die Linksfraktion begrüßte natürlich die Ankündigung der SAGA vom 11. März, das Verkaufsprogramm endlich einzustellen. Aber ... Die Beantwortung von vier Kleinen Anfragen im Herbst 2020 und schließlich einer Großen Anfrage der Linksfraktion im März 2021 (Drs. 22/3241 vom 9.3.2021)

ging mit etlichen Fehlinformationen und Richtigstellungen einher. Schließlich rückte der Senat mit nochmals 1.169 WE aus der »Tranche V« heraus, die ebenfalls zum Verkauf anstünden, übrigens gegen den ausdrücklichen Wunsch der Hamburgischen Bürgerschaft vom Dezember 2014. Da stellt sich nun die Frage, was mit *diesen* WE passieren soll. Und es bleibt auch jetzt noch im Dunkel oder wird fragwürdig formuliert, wie es mit der uneingeschränkten Beendigung des Verkaufsprogramms aussieht. Tatsächlich sind nach Aussagen der SAGA immer noch 1.050 WE im aktuellen Verkaufspool, der in Zukunft nur noch Mieter:innen offen stehen würde.

Die Linksfraktion jedenfalls fordert, dass die SAGA von weiteren Begriffsverwirrungen endlich Abstand nimmt und das Verkaufsprogramm wirklich und endgültig einstellt: Noch die allerletzten, vorangeschrittenen Verhandlungen mit Mieter:innen abschließen und dann nichts wie in die Tonne mit dem Verkaufsprogramm!

Volksinitiative für einen zivilen Hafen

Holger Griebner über einen Anlass für jede Menge gute Gespräche



Vor dem Altonaer Bahnhof

Es kann spannend sein am Wochenmarkt und beim Bäcker, im Stadtpark und vor Budni. Vor allem, wenn ich eine friedensblaue Warnweste oder einen Leinenbeutel der Initiative trage. »Für einen zivilen Hafen«, sage ich. »Was denn sonst«, fragt mein Gegenüber. »Drei Container nur Munition jeden Tag durch unser Tor zum Tod.« In den nächsten paar Sekunden entscheidet sich, ob mein Gegenüber direkte Demokratie selbst spontan praktizieren möchte, ob erstmal ein Flyer zur Info genügt oder doch die Broschüre oder ob er keine Zeit hat.

Selten habe ich in den letzten Wochen schroffe Ablehnung oder gar Feindseligkeit erlebt. Hundert Gespräche waren es

sicher schon. Ein Zweiergespräch geht auch distanzvoll mit Maske. »Endlich mal ein anderes Thema als immer nur Pandemie.« Für mich, meine Mitstreiter:innen und die Wochenmarktbesucher:innen sind es nicht selten sehr intensive Begegnungen.

Wir haben für unsere Sammelaktionen ein starkes Motiv, Geduld und Argumente. Mal gibt es eine Ansammlung, weil entweder parallel mehrere Klemmbretter zum Einsatz kommen oder aber Argumente im Stehkreis ausgetauscht werden. »Was fällt denen ein, sich weltweit als Demokratiewächter aufzuspielen, und hier drangsalieren sie uns mit Ausgangs-

sperre?«, fragt ein Mann etwas lauter. Seine Frau: »Nun unterschreib man erstmal!«

»Senat und Bürgerschaft schaffen innerhalb eines Jahres eine Rechtsgrundlage, die den Transport und Umschlag von Rüstungsgütern über den Hamburger Hafen verbietet und unternehmen alle notwendigen und zulässigen Schritte, um dieses Verbot unverzüglich umzusetzen.« (Text zur Unterschrift)

Diese Liste hat ein Gutes auch deshalb, weil mit der Unterschrift eine friedenspolitische Aktion stattfindet. Raus aus der Meckerecke. »Nimm doch eine leere Liste mit, frage Familie, nebenan und im Betrieb. Wir treffen uns nächste Woche gleicher Ort und gleiche Zeit.« »Aber wir können doch hier nichts machen, das haben ja in der Aktuellen Stunde in der Bürgerschaft SPD und Grün gesagt, Bundespolitik eben.« Fühlt sich da jemand ertappt, der täglich Verfassungsbruch begeht? So steht es in der Präambel:

»Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafenstadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene, besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen. Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein.«

»Das ist ja unser Hafen hier in Hamburg und wenn das Gebläse wirklich mal losgeht, dann trifft es uns hier zuerst. Na ja, wir können ja 'ne Liste mitnehmen und dann sehen wir mal.«

Fehlende Kompetenz?

Die Linke unterstützt die Volksinitiative. Waffenexporte in Krisenländer wollten auch SPD und GRÜNE nicht, so war von ihnen in der Bürgerschaft zu hören. Aber über die Ausfuhr würde

nicht Hamburg entscheiden, sondern der Bund. Hamburg fehle an dieser Stelle schlichtweg die erforderliche Gesetzgebungskompetenz. Diese Reaktion trifft uns vorbereitet. Sie ist ein Reflex, begründen zu müssen, warum der Verfassungsbruch bisher nicht beendet wurde. Es fehlt allein der politische Wille, den zu entwickeln wir nachhelfen.

Friedenspolitische Initiative von unten!

Hunderte Gespräche haben wir bereits geführt und auch schon 4.300 Unterschriften gesammelt. Es kommt jetzt drauf an, bis zum 20. September weiterhin wöchentlich 500 Unterschriften zu sammeln und uns gut vorzubereiten auf die zweite Etappe: das Volksbegehren im nächsten Jahr, wo wir 65.000 Unterschriften in drei Wochen zusammentragen **müssen**, damit der Volksentscheid dann parallel zur Bürgerschaftswahl 2025 stattfinden kann.

Ich kenne keinen anderen Weg als die beharrliche Aufklärung von Nachbar:innen und Kolleg:innen mit dem gleichen Friedensinteresse, wie wir es haben. In diesem Sinne lohnt sich unsere tägliche Überzeugungsarbeit für eine Unterschrift, damit der Senat den Rüstungsgüterumschlag über unseren Hafen unterbinden muss. Mordswerkzeuge raus aus Hamburg heißt auch, dass wir uns im nächsten Schritt den ca. 90 Hamburger Rüstungsproduktions- und Forschungsstätten zuwenden. Gesamtgesellschaftliche Konversion gehört parallel zum Ausstieg aus der CO₂-Produktion auf die Tagesordnung. Abrüsten statt Aufrüsten ist das Gebot der Stunde.

Schaut bei uns rein und macht mit: www.ziviler-hafen.de



Volksini-Veranstaltung am 17.4.2021 mit Kulisse: Fregatte Bonn nach Frontex-Mittelmeer-einsatz im Dock 11 bei Blohm&Voss

Kulturtipps: Befreiung & Widerstand



Vor wenigen Tagen brachte es **Esther Bejarano** auf den Punkt: »Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. (...) Am 8. Mai wäre dann Gelegenheit, über die großen Hoffnungen der Menschheit nachzudenken: Über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und Schwesterlichkeit. (...) Der 8. Mai ist in vielen Ländern Europas längst ein Feiertag. In Deutschland wird vom »Tag der Niederlage« gesprochen, das sei kein Tag zum Feiern. Kritiker sollten aber einfach mal darüber nachdenken, wie wir heute leben würden, wenn die Nazis den Krieg gewonnen hätten! (...) Und wir sollten das Grundgesetz feiern, das in seinem Verständnis von Freiheit, Demokratie und Menschenwürde ein klarer Gegenentwurf zur NS-Herrschaft ist, die am 8. Mai 1945 endete.« (www.youtube.com/watch?v=rWQFNKtun6Y). Ausgehend von dieser, von uns aus vollstem Herzen unterstützten Forderung machen wir auf drei weitere Kulturtipps aufmerksam. Hamburger »**Familiengeschichten aus der NS-Zeit**« bringen uns den Wahnsinn des Nationalsozialismus und des Krieges auf sehr persönliche Weise nahe. Die Interviews u.a. mit Esther Bejarano, Ruben Herzberg und Ilse Jacob, aber auch mit Angehörigen einiger Täter, z.B. Bernhard Nette, Enkel des Bremer Gestapobeamten Bruno Nette, wurden von Schüler:innen geführt: <https://vimeo.com/showcase/7821651>.

Auf andere Weise betroffen macht der bereits mit 26 Jahren verstorbene Autor **Wolfgang Borchert** (1921-1947), »ein

Pazifist und Idealist, ein Kämpfer und Träumer, ein junger Mann mit großen Ideen und einem überfließenden Herzen« (Kultursenator Carsten Brosda). »Du. Mann an der Maschine und Mann in der Werkstatt«, schrieb Borchert kurz vor seinem Tod, »wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keine Wasserrohre und keine Kochtöpfe mehr machen – sondern Stahlhelme und Maschinengewehre, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!« Welche:r Hamburger:in kennt nicht sein Hauptwerk »Draußen vor der Tür«? Eine Veranstaltungsreihe vom 17. bis 23. Mai erinnert an diesen großen Hamburger Literaten. Eine Einführung und das umfangreiche Programm »Hamburg liest Borchert« gibt's hier: www.hamburgliest.de.

Aus Anlass des 100. Geburtstages der Antifaschistin Sophie Scholl (1921-1943) hat die Hamburger Staatsoper ein ungewöhnliches Projekt realisiert: die teils surreal anmutende Graphic Opera »Weiße Rose«, so der Name der Widerstandsorganisation, der Sophie Scholl angehörte. Diese Kammeroper von Udo Zimmermann in der Inszenierung von David Bösch präsentiert Szenen für zwei Sänger:innen und 15 Instrumentalist:innen. Geschildert werden die letzten Stunden der Geschwister Sophie und Hans Scholl »als seelisches Seelendrama, das unter die Haut geht«. Noch bis zum 6. August ist die knapp 70minütige Aufzeichnung in der ARTE-Mediathek abzurufen. Alles Weitere: www.ndr.de/kultur/musik/Weisse-Rose-Graphic-Opera-der-Staatsoper-in-der-Arte-Mediathek,rose404.html.

Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg